

# Was für ein Jahr!

## *Rückblick auf die politischen Highlights und die eigenen Projekte in 2011*

*Von Thilo Hoppe, MdB*

Das Jahr 2011 war prall gefüllt mit politischen Herausforderungen, Umwälzungen und Überraschungen: Guttenberg und Mappus sind von der politischen Bühne verschwunden, Wulff wackelt. Die FDP zerlegt sich selbst. Ihre Kürzel können mit „Fast Drei Prozent“ übersetzt werden. Die Grünen legen überall kräftig zu und stellen mit Winfried Kretschmann zum ersten Mal einen Ministerpräsidenten. Aber auch „Piraten“ sind in Sicht, die eine vollständige Ablösung der schwarz-gelben Bundesregierung schwieriger machen könnten.

Das Jahr 2011 war geprägt von Katastrophen, Krisen und Aufbrüchen.

### **Fukushima und die Folgen**

Dass in Krisen auch eine Chance liegt und selbst Katastrophen – so schrecklich sie sind – positive Entwicklungen auslösen können, hat der GAU von Fukushima deutlich gemacht. Für die betroffene Bevölkerung und die Ökosysteme sind die Folgen dieser Katastrophe noch gar

nicht absehbar. In Deutschland hat sie aber dazu geführt, dass der atomare Irrweg nicht mehr durchsetzbar ist. Die Bundesregierung sah sich gezwungen, eine energiepolitische Kehrtwende zu vollziehen und den Atomausstieg zu beschließen. Auch wenn uns Grünen dies nicht schnell und weit genug ging und geht – dass sich mit Deutschland zum ersten Mal eine große Industrienation in einem breiten gesellschaftlichen Konsens aus der Nutzung der Kernenergie verabschiedet, ist zweifelsohne auch ein Erfolg der Grünen und der Anti-AKW-Bewegung. Denn ohne die vielen Kundgebungen, Montagsspaziergänge, Mahnwachen, Demonstrationen und Blockaden – und zwar schon lange vor Fukushima – wäre der Boden für die Energiewende und ihre große Akzeptanz nicht bereitet worden.

Dennoch müssen wir wachsam bleiben und weiterhin dafür streiten, dass diese Energiewende wirklich unumkehrbar wird. Dazu gehört eine Endlagersuche, die sich nur an fachlichen Kriterien orientiert und

damit Gorleben aus dem Rennen wirft. Dazu gehört, dass Deutschland die Energiewende auch im Außenhandel vollzieht, keine Atomanlagen mehr exportiert und dafür auch keine Hermesbürgschaften mehr vergibt. Und dazu gehören auch der kräftige aber dennoch sozial- und umweltverträgliche Ausbau der Erneuerbaren Energien und große Anstrengungen zur Erhöhung der Energieeffizienz und der Energieeinsparungen.

### **Der arabische Frühling und seine Ausstrahlung bis nach Jemen und Äthiopien**

Die Demokratiekrise in den arabischen Ländern – Stagnation und Perspektivlosigkeit durch jahrzehntelange Diktatur – führte zum Aufbegehren zunächst in Tunesien, dann auch in Ägypten, Libyen und vielen anderen Ländern im nördlichen Afrika und der arabischen Halbinsel.

Dies war auch auf einer Reise zu spüren, die ich zu Beginn dieses Jahres nach Jemen und Äthiopien unternahm. Ich begleitete als Mitglied einer Bundestagsdelegation Entwicklungsminister Dirk Niebel. Bei einem Treffen mit der jemenitischen Opposition traf ich auch die Men-

schenrechtsaktivistin Tawakkul Karman. Zum Zeitpunkt der Reise wirkte die Opposition noch schwach. Präsident Salih, mit dem wir auch zusammentrafen und der sehr großspurig auftrat, wähnte sich fest im Sattel.

Doch dass Tawakkul Karman „Feuer“ und Ausstrahlung hat, Menschen zu begeistern und die Massen zu mobilisieren, blitze in dem Gespräch mit uns schon auf und sollte sich schon wenige Woche nach unserer Reise bewahrheiten. Angeführt von der späteren Friedensnobelpreisträgerin demonstrierten Zig-Tausende im Zentrum von Sana und forderten Salih's Rücktritt und den Übergang zu echter Demokratie.



*Thilo Hoppe trifft Tawakkul Karman, die später den Friedensnobelpreis erhielt, im Januar 2011 in Sanaa*

Während es in Tunesien zum Umschwung und zu fairen und demokratischen Wahlen kam, wurde der Aufstand in Bahrain brutal unterdrückt. In Ägypten und später auch in Jemen sind zwar die Despoten entmachtet worden. Doch ob es wirklich zu einem Politikwechsel kommt, ist noch ungewiss.

In Äthiopien ist die Regierung von Ministerpräsident Meles Zenawi nervös und befürchtet, dass der Bazillus des arabischen Frühlings auch auf ihr Land überspringt. Die Unterdrückung von Oppositionellen, MenschenrechtsaktivistInnen und kritischen JournalistInnen und NGOs nimmt zu.

Sowohl während eines Treffens mit Premier Zenawi als auch mit dem äthiopischen Parlamentspräsidenten wurde mir Gelegenheit gegeben, diese Menschenrechtsverletzungen anzusprechen – und ebenso die Besorgnis erregende Tendenz, dass Äthiopien – ein Land, das noch immer von internationaler Nahrungsmittelhilfe abhängig ist – riesengroße Flächen an ausländische Großinvestoren quasi verkauft bzw. langjährig verpachtet, die darauf cash crops fürs Exportgeschäft anbauen (Ölpflanzen für Agrosprit, Futtermittel für die Massentierhaltung, Zierblumen etc.)

Premier Zenawi war „not amused“ als ich ihn auf das „land grabbing“ ansprach und behauptete, es würde nur unbewohntes Land an ausländische Investoren vergeben. Menschenrechtsorganisationen sagen das Gegenteil und weisen auf zahlreiche Vertreibungen von Kleinbauern und Hirten hin.

Zu der Demokratiebewegung in Jemen und den Menschenrechtsverletzungen in Äthiopien habe ich im letzten Jahr zahlreiche Interviews gegeben, Pressemitteilungen verbreitet und an parlamentarischen Initiativen mitgewirkt.

#### **Mehr Infos unter folgenden Links:**

[Jemen droht der Bürgerkrieg](#)

[Jemen: Präsident Saleh führt das Land an den Abgrund](#)

[Jemen: Schritt in die richtige Richtung, jetzt müssen wirkliche Reformen folgen](#)

[Umbruch in Nordafrika und dem Nahen Osten](#)

[Menschenrechtslage in Äthiopien sehr ernst nehmen](#)

[Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien gehört auf den Prüfstand](#)

[Äthiopische Regierung will Kritiker mundtot machen](#)

[Neue Verhaftungswellen in Äthiopien alarmierend!](#)

Viel zu lange sind die verschiedenen Bundesregierungen vor allem außenwirtschaftlichen und so genannten sicherheitspolitischen Maximen gefolgt und haben gemeint, dem

Westen freundlich gesonnene Despoten würden in von Islamisten bedrohten Ländern für „Stabilität“ sorgen und müssten unterstützt werden. Hier muss auch die Entwicklungspolitik aus Fehlern lernen und künftig viel stärker betonen und befolgen, dass eine sich selbst tragende nachhaltige Entwicklung ohne Demokratie und Achtung der Menschenrechte in ihrem umfassenden Sinn nicht möglich ist.

### **Libyen, Syrien und das Gewaltdilemma**

Als sich im Rahmen der libyschen Aufstandsbewegung die Situation in Bengasi zuspitzte – Gaddafi hatte gedroht, die Oppositionellen „wie Kakerlaken zu zertreten“, war ich zunächst erleichtert, als ich von der Entscheidung des Weltsicherheitsrates hörte, unter Verweis auf die „responsibility to protect“ ein militärisches Eingreifen zu ermöglichen, um ein Massaker in Bengasi zu verhindern. Doch dann wurde dieses Mandat völlig überdehnt und die Alliierten fungierten als Luftwaffe der Aufständischen. Brutale Menschenrechtsverletzungen gab es auf beiden Seiten.

Zwar ist der Fall des Despoten Gaddafi zu begrüßen. Aber es drängt sich die Frage auf, ob dies nicht auch

ohne ein Blutvergießen dieses Ausmaßes möglich gewesen wäre.

Wohl noch dramatischer stellt sich diese Frage zur Zeit in Syrien. Ein militärisches Eingreifen scheint hier noch viel gefährlicher zu sein als in Libyen. Bleibt der internationalen Gemeinschaft dann nur übrig, tatenlos zuzusehen, wie die Schergen Assads auf DemonstrantInnen schießen und die Protestbewegung brutal unterdrücken? Mehr als 5000 Menschen sollen bereits ermordet worden sein.

Alle Möglichkeiten, ohne Gewalt auf Assad Druck auszuüben und der syrischen Demokratiebewegung beizustehen, müssen ausgeschöpft werden. Und das Konzept der „responsibility to protect“ muss weiterentwickelt werden – vor allem im präventiven Bereich. Aber nach den Erfahrungen von Srebrenica und Ruanda darf sich die internationale Gemeinschaft auch nicht davor drücken, Konzepte und Fähigkeiten zur Reaktion auf Extremsituationen zu entwickeln, aus denen man ohne „Schuld“ nicht mehr herauskommt – entweder durch Bejahung und (begrenzter) Anwendung von Gewalt oder durch unterlassene Hilfeleistung.

Nach meiner Überzeugung muss es dabei aber die oberste Maxime sein, Menschenleben zu retten. Dafür müsste zum Beispiel das Konzept zur Einrichtung und Absicherung von VN-Schutzzonen weiterentwickelt werden. Im Arbeitskreis IV der grünen Bundestagsfraktion beteilige ich mich hier nach wie vor an den entsprechenden Fachdiskussionen und Beratungen.

### **Schutz auch für die vom Hunger Bedrohten**

In diesem Jahr ist die „responsibility to protect“ aber auch an Hunderttausenden von Hungernden am Horn von Afrika missachtet worden. Nach einer der schlimmsten Dürren der letzten 60 Jahre – übrigens auch eine Folge des Klimawandels – ist es vor allem in Ostafrika zu einer katastrophalen Hungersnot gekommen, der bis jetzt rund 100 000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Dass es in unserer Zeit mit ihren Möglichkeiten und Lebensmittelüberschüssen zu Hungersnöten solchen Ausmaßes kommen kann, ist – wie VN-Generalsekretär Ban Ki Moon völlig zu Recht beklagte – eine „Schande für die Menschheit“.

Schon frühzeitig gab es Hinweise auf immense Ernteauffälle. Die Früh-

warnsysteme funktionierten. Doch das „early warning“ führte nicht zur „early action“.

Auf den dramatischen Hilfsaufruf der Vereinten Nationen gab es anfangs nur sehr zögerliche Reaktionen. 13 Millionen Menschen waren und sind zum größten Teil immer noch betroffen. Die Vereinten Nationen baten um rund 2,5 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern. Doch vor allem die europäischen Staaten waren derart mit sich selbst und ihrer Euro- und Schuldenkrise beschäftigt, dass sie nur Kleckerbeträge zur Verfügung stellten. Auch die Bundesregierung hatte anfangs wohl gedacht, mit schlapfen 6 Millionen Euro billig weg zu kommen.

Zusammen mit meinen grünen KollegInnen und den anderen Oppositionsparteien musste ich erst eine Sondersitzung des Entwicklungsausschusses androhen (in der Sommerpause), bis die Bundesregierung bereit war, nach und nach endlich die Beträge bereitzustellen, die der Größe der Katastrophe und der Wirtschaftskraft Deutschlands angemessen waren.

Erst durch den gemeinsamen Druck von uns und vielen Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Hilfs-

werke bewegte sich Niebel in die richtige Richtung.

Doch bis es endlich dazu kam, war viel Öffentlichkeitsarbeit nötig.

**Alle Pressemitteilungen und Hintergrundberichte unter folgendem Link**

[Hungerkatastrophe in Afrika](#)

Ende Januar werde ich gemeinsam mit dem Kollegen Frank Heinrich (MdB, CDU) aus dem Menschenrechtsausschuss die bereits für November 2011 geplante und aus Sicherheitsgründen verschobene Reise nach Kenia und Äthiopien nachholen. Wir wollen uns selbst ein Bild von den Zuständen in den Flüchtlingslagern machen, auch – wenn wir es schaffen – ins Krisengebiet an der somalischen Grenzen reisen und verschiedene Projekte (u.a. des Welternährungsprogramm und der Welthungerhilfe) besuchen und anschließend gern berichten. Das Thema ist zwar aus den Medien verschwunden, die Lage der Hungernden am Horn von Afrika ist aber nach wie vor äußerst prekär.

### **Für eine kohärente Hungerbekämpfungsstrategie**

Weltweit hungern rund eine Milliarde Menschen. Dies ist noch immer kein Mengenproblem – statistisch

gesehen gibt es weltweit nach wie vor einen Lebensmittelüberschuss – sondern ein Verteilungs- und Gerechtigkeitsproblem.

Der Hunger in der Welt ist Folge eklatanten Politikversagen. In vielen Ländern, in denen Hunger herrscht, sind die fruchtbaren Ackerflächen extrem ungleich verteilt. Während eine Hand voll Großgrundbesitzern den Löwenanteil der Flächen beanspruchen und darauf vor allem für den Export anbauen (in manchen Ländern Lateinamerikas besitzen die zehn reichsten Familien mehr als 80 Prozent des Landes), muss die große Mehrheit mit dem Rest vorlieb nehmen. Dort drängen sich Kleinbauern auf winzigen Parzellen und kämpfen ums Überleben. Landreformen wären dringend notwendig, scheitern aber meistens daran, dass die Großgrundbesitzer auch die Medien und die größten Parteien finanzieren und kontrollieren. Oppositionelle, MenschenrechtsaktivistInnen und VertreterInnen von Kleinbauernvereinigungen werden oft eingeschüchtert oder gar – wie z.B. in Honduras fast täglich zu beklagen ist – von Auftragskillern aus dem Weg geräumt.

Der Zugang zu Land wird auch durch den verhängnisvollen Trend zum „land grabbing“ erschwert. Laut

jüngsten Zahlen sind weltweit seit 2001 ca. 200-227 Millionen Hektar Land, eine Fläche, mehr als fünfmal so groß wie Deutschland, durch ausländische oder nationale Großinvestoren aufgekauft oder gepachtet worden. Davon ist zur Zeit besonders Afrika mit einem Anteil von 134 Millionen Hektar betroffen.

Dieser widerliche „Scheckbuchkolonialismus“ lebt von der Komplizenschaft korrupter Regierungen und skrupelloser Investoren. Sicher, es gibt auch Großinvestitionen in Ackerflächen und Landwirtschaft, die zu win-win-Situationen und einer nachhaltigen Entwicklung führen. Nach Untersuchungen mehrerer unabhängiger Institute sind dies aber leider die löblichen Ausnahmen. Mehr als 80 Prozent der Großinvestitionen in „large scale farming“ und Böden sollen zu ökologischen und sozialen Verwerfungen und Vertreibungen geführt und die Lebensbedingungen gerade der Ärmsten weiter verschlechtert haben.

Bereits Ende des vorletzten Jahres hat die von Ulrike Höfken (jetzt Agrarministerin in Rheinland-Pfalz) und mir initiierte „Bodenlos“-Konferenz der grünen Bundestagsfraktion und der Heinrich-Böll-Stiftung auf das

„land grabbing“ hingewiesen und Gegenmaßnahmen vorgeschlagen.

**Alle Infos zur Konferenz "BodenLos" der grünen Bundestagsfraktion und Heinrich Böll Stiftung unter folgendem Link:**

[Wem gehört das Land?](#)

Besonders wichtig ist dabei, dass es dem reformierten internationalen Komitee für Ernährungssicherheit (CFS), das bei der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) angesiedelt ist, gelingt, wirkungsvolle Leitlinien zum Zugang zu Land auszuarbeiten, zu verabschieden und zu implementieren.

Zusammen mit meinem Team habe ich mich an dem Konsultationsprozess beteiligt und auch ganz Vorschläge zur Ausgestaltung der Leitlinien eingereicht.

Zu dem Thema „land grabbing“ und ländliche Entwicklung allgemein habe ich im letzten Jahr auch als Referent und Podiumsgast an zwei Fachtagungen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) teilgenommen – zusammen mit dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, Prof. Olivier de Shutter, der auch an unserer „Bodenlos“-Konferenz mitgewirkt hatte und mit dem ich in engem Kontakt stehe. Wir ziehen an einem Strang: Vor al-

lem Kleinbauern brauchen Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, Kleinkrediten und Agrarberatung und müssen darin unterstützt werden, auf nachhaltige Weise gesunde Lebensmittel – vor allem für lokale und regionale Märkte zu exportieren. Im Weltagrarreport (ISTAAD-Report) sind dazu viele gute Empfehlungen zu finden.

Leider setzen viele Entwicklungsstrategien noch immer auf die großen Lösungen, auf Großplantagen mit Monokulturen, aufs exportorientierte Agrobusiness. Und unsere Agrarministerin Ilse Aigner erdreistet sich sogar noch, diejenigen, die für eine nationale und internationale Agrarwende kämpfen – hin zu mehr Nachhaltigkeit und Umsetzung der ISTAAD-Empfehlungen – als Ideologen zu verunglimpfen, denen der Hunger in der Welt egal ist. Wenn Aigner Massentierhaltung in Deutschland und Fleischexporte – auch in Entwicklungsländer – ausweiten will und dies sogar noch als Beitrag zur Hungerbekämpfung verbämmt, dann stellt sie so ziemlich alles auf den Kopf. Fakt ist, dass unsere Schweine, Kühe und Hühner überwiegend Futter aus Entwicklungsländer fressen, das auf Äckern wächst, die dringend für den Anbau von Grundnahrungsmitteln für die

dort lebenden Menschen benötigt werden.

Zu dieser Aussage kommt auch eine neue Stellungnahme der [Kammer für nachhaltige Entwicklung](#) der Evangelischen Kirche in Deutschland, die sich für eine Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik ausspricht. Ich bin seit 2010 Vorsitzender dieser EKD-Kammer. Die ist aber keineswegs grün unterwandert. Sondern in ihr arbeiten auch BundestagskollegInnen aus der CDU- und der SPD-Fraktion, vor allem aber viele unabhängige WissenschaftlerInnen sowie mit Umwelt- und Entwicklungsfragen befasste VertreterInnen verschiedener Landeskirchen.

### **Spekulation mit Agrarrohstoffen eindämmen**

In der Stellungnahme der EKD-Kammer werden auch wirkungsvolle Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation mit Agrarrohstoffen und Böden gefordert. Dass nach dem Platzen der Immobilienblase 2008 viele Anleger ins Agrargeschäft geflüchtet sind und sich jetzt auch Hedgefonds und Banken auf den Agrarmärkten tummeln, ist nicht zu bestreiten. In mehreren Anhörungen im Deutschen Bundestag war

sich die große Mehrheit der Sachverständigen darin einig, dass die starke Zunahme der Spekulation mit Nahrungsmitteln auch zu sprunghaften Anstiegen von Nahrungsmittelpreisen und Verschärfung des Hungerproblems geführt hat.

Zusammen mit den Kollegen Dr. Gerhard Schick und Friedrich Ostendorf – also dem Finanz- und dem Agrarexperten unserer Fraktion – habe ich einen Antrag mit konkreten Vorschlägen zur Eindämmung der Spekulation mit Agrarrohstoffen geschrieben und in den Deutschen Bundestag eingebracht.

**Hintergrundinformationen und der Antrag unter folgendem Link**

[Mit Essen spielt man nicht – Spekulation mit Agrarrohstoffen eindämmen](#)

[Spekulationen mit Nahrungsmitteln unterbinden](#)

Der Antrag wird zwar – leider – wie nahezu alle Oppositionsanträge von der Koalitionsmehrheit abgelehnt, hat aber von mehreren Experten, die als Sachverständige an den Bundestagsanhörungen mitgewirkt haben, die besten Noten bekommen (gerade auch im Vergleich zu den Anträgen anderer Fraktionen).

Ich will diese Feder aber nicht nur an meinen Hut stecken. Gerade bei einer so komplizierten Materie wie

den Rohstoffbörsen und den intransparenten Machenschaften neuer Akteure, kann ein solcher Antrag nur durch Teamarbeit entstehen – durch die Kooperation von Finanz-, Agrar- und Entwicklungsexperten und auch die Hinzuziehung externen know-hows. Ein besonderer Dank gilt hier meinem neuen wissenschaftlichen Mitarbeiter Niklas Schäfer, der den außerordentlich komplizierten Entstehungsprozess dieses Antrags koordiniert hat.

Und da ich gerade bei meinem Team bin: Niklas Schäfer, Eike Zaumseil, Frauke Wiprich (Büroleiterin, z.Zt. im Mutterschutz) und Ana Katrin Kemlein (z.Zt. Büroleiterin) sind ein hervorragendes und harmonisch zusammenarbeitendes Team, dem ich viel zu verdanken habe – ebenso den regionalen MitarbeiterInnen Katka Talacek und Beata Wehmeier (im Regionalbüro Aurich) und Benjamin Schramm (im Regionalbüro Oldenburg).

Zur Bekämpfung des Hungers ist ein ganzes Maßnahmenbündel nötig, dass auch die Handels-, Investitions-, Finanz- und Agrarpolitik umfasst. In der von mir geleiteten AG Welthandel und Global Governance der grünen Bundestagsfraktion haben wir 2011 damit begonnen, ein umfangreiches Positionspapier zur Neuori-

entierung der europäischen Handelspolitik zu erarbeiten – natürlich in Kooperationen mit KollegInnen der Grünen Fraktion im Europaparlament. Diese Arbeit setzen wir im neuen Jahr fort und beziehen auch die Investitionsschutzabkommen mit ein, die künftig von der nationalen Ebene in die Regie der Europäischen Union überführt werden sollen. Die Grundidee für die grüne Positionierung: Investitionsschutzabkommen sollen nicht nur die Investoren schützen sondern auch dafür sorgen, dass es durch Investitionen nicht zu ökologischen und sozialen Verwerfungen oder gar Menschenrechtsverletzungen in den Zielländern kommt.

Auch wenn nach grünem Verständnis Entwicklungspolitik in erster Linie globale Strukturpolitik ist, die nicht Almosen sondern Gerechtigkeit zum Ziel hat, so ist zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) auch mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit notwendig. Darin bestand auf der Gipfel-Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der MDG, die Ende vorletzten Jahres in New York stattfand und an der ich teilnehmen konnte, große Einigkeit. Auch das Versprechen der Industrienationen, 0,7% ihres Bruttona-

tionaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen, wurde in New York noch einmal feierlich bekräftigt.

Doch dass zwischen Worten und Taten oft Welten liegen, zeigt die gemischte Bilanz. Während die skandinavischen Länder, Belgien, Luxemburg und die Niederlande Wort gehalten haben, klaffen bei den anderen Industrienationen zwischen Anspruch und Wirklichkeit noch große Lücken. Im Kreis der größeren Industrienationen hält nur Großbritannien Kurs: Trotz schwieriger Haushaltslage und einschneidenden Sparmaßnahmen und Kürzungen der Budgets aller anderen Ressorts legt UK bei der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe noch viel drauf und wird bereits 2013 – zwei Jahre vor der unter den EU-Mitgliedsstaaten vereinbarten Zielmarke 2015 – die versprochenen 0,7 Prozent erreichen.

Möglich war dies durch einen partei- und fraktionsübergreifenden „entwicklungspolitischen Konsens“. Koalition und die oppositionelle Labourpartei trugen und die verteidigten die kräftige Erhöhung des Entwicklungsetats gemeinsam nach dem Motto „we share the glory and we share the blame“.

## Geiz ist nicht geil – Endlich das 0,7%-Versprechen einlösen!



Dies nahm ich mir zum Vorbild und verfasste zusammen mit Holger Hai bach und Sabine Weiss (beide CDU/CSU-Fraktion), Dr. Bärbel Kofler (SPD), Harald Leibrecht (FDP) und Heike Hänsel (Die Linke) Anfang März einen Aufruf zu einem partei- und fraktionsübergreifenden „entwicklungspolitischen Konsens“ auch in Deutschland. Unser gemeinsames Ziel: die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ab 2012 bis 2015 jedes Jahr um mindestens 1,2 Milliarden Euro zu steigern und dafür eine parlamentarische Mehrheit zu organisieren. Denn nur so kann Deutschland sein immer wieder (auch im Koalitionsvertrag der jetzigen Bundesregierung) bekräftigtes Versprechen einhalten, bis 2015 das 0,7%-Ziel zu erreichen.

Über Fraktionsgrenzen hinweg einte und eint die InitiatorInnen des Aufrufs, dass neben der Quantität natürlich auch die Qualität der Ent-

wicklungszusammenarbeit ständig verbessert werden muss und nur ein emanzipatorischer Ansatz (Hilfe zur Selbsthilfe), flankiert von strukturellen Veränderungen auf allen Ebenen zu einer selbsttragenden nachhaltigen Entwicklung führen kann. Der Hinweis auf notwendige Effizienzsteigerung, good governance (vor allem Korruptionsbekämpfung) und strukturelle Reformen darf aber nicht dazu missbraucht werden, sich vor der Einhaltung internationaler Verpflichtungen zu drücken. Das 0,7%-Versprechen ist mittlerweile mehr als 40 Jahre alt. Es in Sonntagsreden immer wieder zu bekräftigen, es aber ständig zu „vergessen“ bzw. zu missachten, wenn es um die Haushaltsberatungen geht, ist nicht länger hinnehmbar. Auch der dann immer wieder zu hörende Hinweis auf die angeblich so schlechte Haushaltslage und notwendige Sparmaßnahmen ist völlig unglaubwürdig, wenn man sich zum Beispiel vor Augen führt, dass vor einiger Zeit quasi über Nacht 5,4 Milliarden Euro für eine so zweifelhafte Maßnahme wie die (Auto) Abwrackprämie locker gemacht werden konnte. Außerdem geht es bei dem 0,7%-Versprechen nicht um einen Fix-Betrag sondern um einen Anteil. Wenn ich feierlich verspreche, 0,7% des Erwirtschafteten mit

den Ärmsten der Armen zu teilen, dann muss ich dies auch endlich tun – oder aber Lüge und Heuchelei beenden und zugeben: „Sorry, das war nicht ernstgemeint.“ Wir, die InitiatorInnen des Aufrufs zum „entwicklungspolitischen Konsens“ waren und sind es jedenfalls satt, das Spiel Tricksen und Täuschen – überdeckt durch gegenseitige Schuldzuweisungen – länger mitzuspielen.

In der erste Etappe gelang es uns, alle 22 Mitglieder des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter den Aufruf zu bekommen. VENRO (der Dachverband der Nichtregierungsorganisationen im Entwicklungsbereich), die Kirchen und zahlreiche Aktionsgruppen und Promis unterstützten unsere Initiative, besuchten nahezu alle Bundestagsabgeordneten und sammelten fleißig Unterschriften. Schließlich unterstützten mit ihrer Unterschrift 372 ParlamentarierInnen aus allen fünf Fraktionen (rund 60 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bundestages) den Aufruf.

Doch was zunächst wie ein großer Erfolg wirkte, wandelte sich in eine bittere Enttäuschung. Wir konnten zwar eine klare Mehrheit im Bundestag dokumentieren – aber nicht die Mehrheit in den beiden Koaliti-

onsfraktionen erreichen. Während die Opposition fast geschlossen (bis auf zehn SPD-KollegInnen) den Aufruf unterschrieb, waren es „nur“ 25 Prozent der Mitglieder der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion. Und letztendlich führte der Fraktionszwang dazu, dass es statt der von uns angepeilten 1,2 Milliarden mehr nur zu einer minimalen Steigerung der Entwicklungsausgaben in Höhe von 113 Millionen Euro kam. So kann das 0,7%-Versprechen nicht eingelöst werden.

**Mehr Infos gibt es auf der Homepage der Initiative:**

[Aufruf zu einem entwicklungspolitischen Konsens](#)

sowie auf den Seiten von [VENRO](#) und der Kampagne [„Deine Stimme gegen Armut“](#)

Hier findet sich auch die [Broschüre](#), in der die Ergebnisse einer langjährigen Studie zur Entwicklungspolitik in der öffentlichen Meinung zusammen gefasst werden.

Die Ergebnisse der Umfragen zeigen: Das Thema Entwicklungspolitik ist in der Bevölkerung breit verankert, über 80 Prozent der Befragten finden den Einsatz Deutschlands in der Entwicklungszusammenarbeit wichtig. Für 72,4 Prozent ist es außerdem wichtig oder sogar sehr wichtig, dass Deutschland seine Zusage, die Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen, auch einhält.

Auch wenn es bei der Verabschiedung des Haushalts 2012 noch nicht zu dem angestrebten Erfolg gekommen ist, so hat der kraft- und phantasievolle Einsatz für einen „entwicklungspolitischen Konsens“

doch viele neue (auch ungewöhnliche) Allianzen und Freundschaften hervorgebracht. Dafür – und für die starke Unterstützung durch die Kirchen und von so vielen Organisationen, Hilfswerken, Initiativen und Individuen – bin ich sehr dankbar. Und ich sehe in dem Aufruf und der Tatsache, dass die grüne Bundestagsfraktion ihn begrüßt und komplett unterschrieben hat, eine Selbstverpflichtung, sich auch 2013 – dann hoffentlich als Teil einer neuen Bundesregierung – zum 0,7%-Ziel zu bekennen und entsprechend zu HANDELN !

**Mehr Infos zum Entwicklungshaushalt 2012**

[Letzte Chance für ein Zeichen globaler Gerechtigkeit verpasst!](#)

### **Finanz-, Euro-, Schulden- und/oder Demokratiekrise ?**

Die prekäre Wirtschafts- und Finanzlage vor allem in Griechenland, aber auch in Irland, Spanien, Portugal und Italien sowie das oft hilflos wirkende Gebaren der „Retter“ und der Zick-Zack-Kurs von Merkel war 2011 ein Dauerthema im Bundestag, in der Fraktion und in zahlreichen Veranstaltungen – und natürlich auch in

Gesprächen unter Kolleginnen und Kollegen.

Da ich mich in diesem Jahresrückblick vor allem auf die Themenfelder konzentriere, für die ich selber in besonderem Maße Verantwortung trage und mit Initiativen, Anträgen etc. tätig geworden bin, möchte ich es bezüglich der Krisen in Europa an dieser Stelle mit einigen wenigen grundsätzlichen Bemerkungen beenden lassen:

Das, was wir 2011 und in den Jahren davor erlebt haben (und leider auch 2012 erleben werden) ist nicht in erster Linie eine Staatsschuldenkrise, sondern hat seine Ursachen in den wirtschaftlichen Ungleichgewichten in Europa, in „Geburtsfehlern“, die bei der Einführung des Euro gemacht wurden – und vor allem in der Entfesselung der Finanzmärkte. Die Deregulierungs- und Liberalisierungswelle (von der auch leider die rot-grüne Koalition erfasst war) hat uns viele neue Akteure und viele neue phantasievolle „Produkte“ auf den Finanzmärkten gebracht. Von der Büchse der Pandora wurde der Deckel genommen – und nun hat die Politik große Mühe, überhaupt wieder in die Lage zu kommen, die Finanzmärkte und ihre Akteure und „Produkte“ kontrollieren und regulieren zu können. Sicherlich

gab es auch Fehlentwicklungen und „Sünden“ in einzelnen Mitgliedstaaten der EU (Griechenland!). Aber das ist nicht der Kern des Problems.

Auch wenn im Zuge dieser Krise die Euroskepsis gewachsen ist (obwohl Deutschland zur Zeit sogar Profiteur der Krise ist, haben viele Deutsche Angst, noch mehr den Griechen, Spaniern, Portugiesen und Italienern „abgeben“ zu müssen / und in den Südländern der EU wächst die Wut gegenüber sozial völlig unausgewogenen Spardiktaten), kommen wir nur mit mehr Europa aus der Krise wieder heraus. Ich bin froh und dankbar, dass auf der letzten Bundesdelegiertenkonferenz in Kiel von Bündnis 90/Die Grünen klare Beschlüsse gefasst worden sind, die die Weiterentwicklung der EU in eine Wirtschafts- und Solidargemeinschaft, eine effektive Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine Aufspaltung (zu) großer Banken – mit Trennung von Kundengeschäft und Investmentbanking – fordern. „Too big to fail“ darf nicht mehr gelten! Damit haben die Grünen einen klaren Kurs eingeschlagen und aus Fehlern, die in der Regierungszeit gemacht wurden, gelernt. Dies schlägt sich auch in den

[steuerpolitischen Beschlüssen der letzten BDK](#) nieder.

### **Für ein internationales Insolvenzrecht für Staaten !**

In der entwicklungspolitischen Szene wird schon seit vielen Jahren – und immer unterstützt von den Grünen – ein Insolvenzrecht für Staaten – und zwar ein faires und transparentes Schiedsverfahren unter neutraler Vermittlung und besonderer Berücksichtigung einer realistischen und menschenrechtsbasierten Schuldentrugfähigkeitsanalyse gefordert. Bereits 2003 hatte es – unter anderem durch meine Initiative – dazu eine gemeinsame Anhörung des Entwicklungs- und des Finanzausschusses gegeben. Anfang 2011 habe ich das Thema erneut in den Entwicklungsausschuss eingebracht – wieder mit einer Anhörung.

Während bisher in der Diskussion um ein Insolvenzrecht für Staaten immer an Entwicklungsländer gedacht wurde, denen durch eine End- und Umschuldung eine faire Chance für einen Neuanfang gemacht werden sollte, wurde im Verlauf des letzten Jahres deutlich, dass auch europäische Staaten Regeln für ein

fares Insolvenzverfahren brauchen (oder in Zukunft brauchen könnten). In Zusammenarbeit mit Dr. Gerhard Schick und seinem Team habe ich gemeinsam mit meinem Mitarbeiter Eike Zaumseil einen Antrag zur Schaffung eines internationalen Insolvenzrecht erarbeitet, der Ende letzten Jahres im Namen der grünen Fraktion in den Bundestag eingebracht wurde und sich jetzt im parlamentarischen Verfahren befindet.

**Den Antrag und weitere Infos unter folgenden Links:**

[Für die Einführung eines transparenten und unabhängigen Staateninsolvenzverfahrens](#)

[Internationales Insolvenzverfahren gegen drohende Schuldenkrisen gefordert](#)

Die Kampagne [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de) hat uns dabei viele gute Anregungen gegeben.

### **Grüne Erklärung zur Entwicklungskonferenz in Busan**

Ende November nahm ich als einziger Bundestagsabgeordneter an der großen internationalen Entwicklungskonferenz in Busan (Südkorea) teil. Hier zeigte sich wieder einmal, dass die internationale Debatte sehr viel weiter ist als die – ganz im Gegensatz zum internationalen Trend – wieder auf Renationalisierung und „Projektitis“ setzende Entwicklungspolitik der schwarz-gelben Bundes-

regierung. Die Schlusserklärung der Konferenz, die aus Rücksicht auf die neue Entwicklungsakteure China und Indien, die man unbedingt mit ins Boot holen wollte, sehr weichgespült wurde, empfand ich als enttäuschend. Von einem menschenrechtsbasierten, emanzipatorischen Entwicklungsansatz war nicht mehr viel zu sehen. In Busan wurde dafür leider – auch befeuert durch Gastgeber Südkorea – eine einseitig auf Wirtschaftswachstum fixierte Entwicklungspolitik hochgejubelt, die stark auf Kooperation mit der gewinnorientierten Privatwirtschaft setzt und an einer engen Verzahnung mit Exportwirtschaftsförderung nicht viel auszusetzen hat.

Wir drei grünen TeilnehmerInnen – die finnische Entwicklungsministerin Heidi Hautala, die Europaabgeordnete Ska Keller und ich – haben unsere Position in einer gemeinsamen Erklärung veröffentlicht.

Außerdem habe ich das Ergebnis der Busan-Konferenz auf der Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung kommentiert.

**Die Grüne Erklärung zu Busan und weiter Infos unter folgenden Links:**

[Busan-Konferenz hinterlässt viele alte und neue Baustellen](#)

[Entwicklungskonferenz in Busan: Debatte über Methoden aber nicht über Werte und Ziele](#)

## Mutige MenschenrechtsaktivistInnen in Honduras

Ende letzten Jahres reiste ich mit einer Bundestagsdelegation nach Honduras und Haiti. Der Honduras-Teil der Reise wurde überschattet durch mehrere Morde an MenschenrechtsaktivistInnen, VertreterInnen von Kleinbauergemeinschaften und kritischen JournalistInnen – kurz vor und während unseres Aufenthaltes in dem mittelamerikanischen Land.

Auf einer Pressekonferenz in Tegucigalpa übte ich scharfe Kritik an der honduranischen Regierung, die der Straflosigkeit nicht wirklich entgegentritt. Mehrere Regierungsmitglieder stehen sogar in dem Verdacht, enge Beziehung zur Drogenmafia und den Großgrundbesitzern zu haben, die hinter den Morden stehen. Viele Gewalttaten – auch Morde – wurden von Polizisten verübt und von Regierungsmitgliedern gedeckt.

Besonders bewegend waren in Honduras die Begegnungen mit den VertreterInnen der Kleinbauern von Bajo Aguán, die in ihren Reihen viele Opfer zu beklagen haben – sowie das Abendessen mit der Rektorin der staatlichen Universität von Tegucigalpa, Julieta Castellanos, deren

Sohn kurz vor unserer Reise von Polizisten erschossen worden war. Sowohl die Kleinbauern von Bajo Aguán, die mit einem berüchtigten Großgrundbesitzer um ihr Land ringen, als auch die Menschenrechtsaktivistin Jackelin Funez beeindruckten uns sehr, weil sie sich trotz allem nicht einschüchtern lassen und den Tod ihrer Angehörigen als Vermächtnis ansehen, sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einzusetzen.

Mehr Infos unter folgendem Link:

[Genug ist genug: Honduras muss endlich gegen Straflosigkeit vorgehen](#)

Ein Wiedersehen gab es für mich auf dieser Reise mit dem ehemaligen, 2009 durch einen Putsch gestürzten Präsidenten Mel Zelaya, den ich vor zwei Jahren gemeinsam mit meinem Kollegen Klaus Riegert (MdB, CDU) in seinem Asyl in der brasilianischen Botschaft in Tegucigalpa besucht hatte – sowie mit dem ehemaligen honduranischen Botschafter in Berlin, Roberto Martinez Castañeda. Er war 2009 nach dem Putsch seinem Präsidenten Zelaya treu geblieben und hatte den Putschisten die Gefolgschaft verweigert. Daraufhin hatten ihm die neuen Machthaber den Geldhahn zugedreht und nach einiger Weile durch eine den Put-

schisten ergebene Botschaftssekretärin den Schlüssel für die Botschaft „geklaut“. Ohne Domizil und Gehalt kam Roberto Martinez, der noch relativ lange von der Bundesregierung als rechtmäßiger Botschafter von Honduras anerkannt wurde, für ein paar Monate in meiner kleinen Berliner Wohnung unter.

Aufgrund eines von mehreren Nachbarstaaten unterstützten (Friedens)abkommens durfte Zelaya wieder aus dem Exil (Dominikanische Republik) zurück nach Honduras kommen. Und auch der ehemalige Botschafter Martinez kann sich dort wieder relativ frei bewegen. Beide arbeiten an einem breiten Oppositionsbündnis, das bei den nächsten Wahlen (2013) die jetzige, unter von den Putschisten gestalteten „Wahlen“ an die Macht gekommene Regierung von Pepe Lobo, ablösen will.

### **In Haiti stinkt vieles zum Himmel**

Frustrierend und bedrückend war der Haiti-Teil der AwZ-Delegationsreise. Die Folgen des verheerenden Erdbebens, das vor zwei Jahren über 220 000 Menschen das Leben gekostet und 1,6 Millionen obdachlos gemacht hat, sind noch überall zu sehen und zu spü-

ren. Noch immer leben 500 000 Menschen unter hygienisch unzumutbaren Bedingungen in Camps. Viele Hilfsorganisationen haben sich inzwischen aufgrund von Geldmangel wieder zurückgezogen. Und mit ihnen sind in vielen Camps diverse Versorgungseinrichtungen und sogar die Latrinen verschwunden. Die schwache Regierung kriegt die Probleme nicht in den Griff, was neben der Korruption auch daran liegt, dass der neue Präsident Matelly keine Mehrheit im Parlament hat und monatelang blockiert wurde. Kurz vor unserer Reise gelang es endlich, mit Dr. Garry Conille, einen Premierminister vom Parlament bestätigen zu lassen. Wir konnten ihn in Port-au-Prince treffen.



Thilo Hoppe im Gespräch mit Premier Conille im Dezember 2011 in Port-au-Prince

Doch ob es dem Präsidenten, dem Premier und der Ministerriege nun gelingen wird, endlich ein schlüssiges Konzept für den Aufbau des Landes im Sinne einer menschen-

rechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung vorzulegen und umzusetzen, muss leider bezweifelt werden. Enge Verbindungen einiger Regierungsmitglieder zum ehemaligen Diktator Duvalier und bizarre Vorhaben wie die Wiedereinführung einer Armee – als ob das Land nicht andere Sorgen hätte – lassen nichts Gutes ahnen. Und dennoch sind in der Regierung auch reformbereite Kräfte vertreten. Noch kann nicht gesagt werden, wohin die Reise geht.

Klar ist, dass die haitianische Regierung sehr viel größere Eigenanstrengungen unternehmen, beim (Wieder)aufbau stärker die Zivilgesellschaft einbeziehen und vor allem die äußerst prekären Lebensbedingungen der Ärmsten der Armen verbessern muss.

Ein Skandal ist in diesem Zusammenhang, die Kurzatmigkeit und Unzuverlässigkeit der internationalen Gemeinschaft. Als nach dem verheerenden Erdbeben die schrecklichen Bilder um die Welt gingen, war die Hilfsbereitschaft groß. Es wurde viel gespendet und viele Industrienationen überboten sich mit der Zusage von Hilfsgeldern. Doch nachdem das Thema aus den Medien verschwunden war, ging auch die Spendenbereitschaft rapi-

de zurück. Und von den zugesagten staatlichen Hilfsgeldern sind bisher nur 59 Prozent auch tatsächlich bereitgestellt worden.

Sehr unbefriedigend war auch die Koordinierung der Hilfsaktionen, was sowohl an der Schwäche der haitianischen Regierung als auch an Konkurrenzkämpfen unter den Hunderten von zusätzlich akkreditierten Hilfsorganisationen lag.

Fehler, die aber nicht dazu führen dürfen, dass man nun die Ärmsten der Armen in Haiti im Stich lässt. Neben manchen schief gelaufenen Hilfsaktionen und Projekten kann man in Haiti aber auch Aufbauarbeiten, Kampagnen, Programme und Projekte besichtigen, die gut ange laufen sind und Hoffnung auf eine bessere Zukunft machen. Ich habe deshalb sowohl zu Spenden für das Bündnis „Entwicklung hilft“ aufgerufen (Spendenkonto: 51 51, Bank für Sozialwissenschaften, BLZ 370 205 00) als auch die Bundesregierung aufgefordert, sich durch finanzielle Beiträge an VN-Organisationen und durch Projekte eigener Durchführungsorganisationen stärker am (Wieder)aufbau von Haiti zu beteiligen.

Gute Stimmung herrschte zum Beispiel auch in einem Projekt der GIZ,

in dem Küstenfischer darin unterstützt werden, stärker zur Ernährungssicherung beizutragen. Und bei vielen dieser Reisen bin ich immer wieder beeindruckt von den Kindern, die auch in ganz schwierigen Lebenslagen ihre Offenheit und Lebensfreude nicht verlieren.

Mehr Infos zu Haiti unter folgendem Link:

[Solidarität braucht einen langen Atem](#)



### **Projekt 2013 – Vorbereiten auf Regierungsverantwortung**

In diesem eh schon sehr lang gewordenen Jahresrückblick können nicht alle Aktivitäten der letzten zwölf Monate aufgezählt werden: Bundestagsreden, Anträge, Aus-

landsreisen, Fachtagungen, Konferenzen, Interviews und vor allem auch die Teilnahme an Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit.

Es ist mir aber wichtig, auf die wichtigsten Herausforderungen und Projekte hinzuweisen, die vor uns liegen: Eine Reise in die Hungergebiete am Horn von Afrika steht – wie bereits erwähnt – kurz bevor. Weitere „Inspektionsreisen“ des Entwicklungsausschusses werden mich in diesem Jahr höchst wahrscheinlich nach Paraguay und in die Mongolei führen.

Ich koordiniere zur Zeit die Vorbereitung einer großen Lateinamerikakonferenz, die die grüne Bundestagsfraktion zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung wahrscheinlich im September oder Oktober in Berlin veranstalten wird – wohl unter dem Titel „Pontes des Esperanza – Brücken der Hoffnung“. Wir wollen dabei Grüne und grün Gesonnene aus Deutschland mit HoffnungsträgerInnen aus Lateinamerika zusammenbringen, die jeweils in ihren Ländern Allianzen für eine menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung aufbauen. Wir wollen auf der Konferenz sowohl die Ergebnisse des großen Weltnachhal-

tigkeitsgipfels, der im Sommer in Brasilien stattfindet (Rio plus 20), auswerten als auch „grüne“ Forderungen für den EU-Lateinamerika-Gipfel ausarbeiten, der nach unserer Konferenz in Santiago de Chile tagt.

In der Bundestagsfraktion sind zur Zeit alle grünen MdBs und ihre Teams aufgefordert, gute Konzepte auszuarbeiten, mit denen wir 2013 in den Bundestagswahlkampf gehen und die wir dann – hoffentlich – in einer rot-grünen Bundestagsregierung auch umsetzen können.

Zusammen mit meinem Team arbeite ich zur Zeit intensiv an einem Finanzierungsplan, mit dem es uns gelingen kann, ab 2013 innerhalb einer Legislaturperiode endlich das 0,7%-Ziel zu erreichen und Deutschlands Zusagen sowohl in der Entwicklungs- als auch in der Klimafinanzierung einzuhalten. Ich behauptete, dass dies trotz schwieriger Finanzlage und Schuldenbremse möglich ist und wir auch gar keine andere Wahl haben, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen. Aber es wird nicht einfach – noch nicht mal innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen, die Prioritäten entsprechend zu setzen. Schon jetzt möchte ich alle Grünen bitten, innerhalb des Priorisierungsprozesses, den Fraktion und Partei zur Zeit durchlaufen

und der sich auch auf die Gestaltung unseres Bundestagswahlprogramms auswirken wird, sorgsam darauf zu achten, dass wir zu unseren bisherigen Zusagen und Positionen in der Entwicklungs- und Klimafinanzierung stehen und die internationale Solidarität und globale Verantwortung nicht abschwächen.

Außerdem arbeite ich an einem kohärenten ressortübergreifenden Konzept zur Hungerbekämpfung, das u.a. auch handelspolitische Maßnahmen mit einschließt – und gemeinsam mit mehreren anderen MdB- und MdEP-KollegInnen an neuen Positionspapieren bzw. Konzepten zur Global Governance und zur Neuorientierung der europäischen Handelspolitik.

In der AG Nord-Süd der Fraktion und der BAG Nord-Süd der Partei arbeiten wir an Konzepten für eine bessere, kohärentere und stärker menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik. Denn uns geht es ja nicht nur darum, all die Fehlentwicklung anzuprangern, die jetzt unter Dirk Niebel zu beklagen sind, sondern gut darauf vorbereitet zu sein, es ab 2013 besser zu machen.

Außerdem arbeite ich im [Institut Solidarische Moderne](#) (ISM) mit, das dafür sorgen will, dass die jetzigen

Oppositionsparteien zumindest punktuell zusammenarbeiten und in einen konstruktiv-kritischen Dialog treten.

Denn nichts wäre frustrierender, als wenn – wovon ich ausgehe – Schwarz-Gelb zwar sowohl im niedersächsischen Landtag als auch im Bundestag die Mehrheit verliert, die zerstrittenen Parteien links von der Mitte aber nicht in der Lage sein sollten, eine gestaltende andere Mehrheit zu organisieren. Dann kämen nämlich wieder Stillstand, Perspektivlosigkeit und Langeweile einer Großen Koalition, die von einigen in der CDU und in der SPD (den Seeheimern) schon längst vorbereitet wird. Um nicht missverstanden zu werden: Ich hoffe auf eine eigenständige rot-grüne Mehrheit – in Hannover und in Berlin – und dafür arbeite ich. Aber für den (hoffentlich nicht eintretenden) Fall, dass es nicht ganz reichen sollte, brauchen wir Alternativen.

Nach fünf Jahren Doppelbelastung bin ich zu Beginn dieses Jahres als Vorsitzender des Kreisverbandes Aurich-Norden von Bündnis 90/Die Grünen zurückgetreten. Dies war lange vorher angekündigt worden und gibt mir jetzt die Möglichkeit, neben meiner Arbeit in Berlin und den Auslandsreisen wieder verstärkt

auch Kreisverbände außerhalb Ostfrieslands zu besuchen und meine Veranstaltungsreihe „Grüne Salon“ wieder aufleben zu lassen.

Viele Projekte und Herausforderungen sind in diesem Jahresrückblick und – ausblick angerissen worden. Ich hoffe, bei der Bearbeitung dieser Aufgaben auf ganz unterschiedlichen Ebenen mit vielen von Ihnen, von Euch, in Kontakt zu treten, Ideen auszutauschen und gemeinsam mit Herz und Verstand, Phantasie und Beharrlichkeit Veranstaltungen und Aktionen anzuschieben, die uns politisch weiterbringen und vielleicht obendrein noch Spaß machen.

### **Thilo Hoppe**



*Thilo Hoppe ist stv. Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Sprecher für Welternährung der Fraktion Bündnis90/Die Grünen*